

Die Rassenfrage in Südafrika

Ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenz

Vom 10. bis 12. Juni veranstaltete die Wissenschaftliche Kommission beim Katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden in der Katholischen Akademie in Bayern ein Kolloquium über den Konflikt im südlichen Afrika. Das Kolloquium hatte einen doppelten praktischen Zweck: Einmal sollten die Studienergebnisse der von der Wissenschaftlichen Kommission (Vorsitz Prof. Franz Böckle, Bonn) eingesetzten Projektgruppe (Leitung: Prof. Franz Ansprenger, Berlin, und Prof. Ernst-Otto Czempel, Frankfurt) zur Erforschung des Rassenkonfliktes in Südafrika einem interessierten politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Fachpublikum vorgestellt werden; zum anderen hoffte man bei dieser Gelegenheit mit den beteiligten Konfliktpartnern in ein offenes Gespräch zu kommen. Beides gelang — obwohl der Zeitpunkt nach den Veränderungen in Angola und Moçambique und der den Unabhängigkeitsprozeß dieser Länder begleitenden außenpolitischen Entlastungsoffensive durch die Regierung der Republik Südafrika günstig gewählt schien — nur halb. Von den Studienergebnissen der Projektgruppe (geplant sind 6 Bände), mit denen sich die wissenschaftliche Kommission als Instrument der Konfliktforschung in Erinnerung bringen wollte, war erst der erste Band (Leonhard Harding, Die Politik der Republik Südafrika, Grünewald, Mainz 1975) erschienen. Die Teilnehmer mußten sich deshalb mit etwas abstrakten Einführungsreferaten zufriedengeben. Und zu einer (friedlichen) Konfrontation der Konfliktpartner kam es nur sehr beschränkt. Von den Schwarzafrikanern zeigte sich nur der Chief-Minister eines der kleinsten der innerhalb der Republik Südafrika errichteten sogenannten Homelands für die Schwarzen auf dem Podium (Prof. Hudson W. Ntsenwisi, Chief-Minister von Gazakulu). Zwei weitere Vertreter der Schwarzen hatten offenbar Ausreiseschwierigkeiten, und die Vertreter der OAU (Organisation für Afrikanische Einheit) und der Befreiungsbewegungen, SWAP (Namibia) und ANC (Südafrika), hatten die Teilnahme ebenso abgelehnt wie die Antiapartheidsbewegung (AAB) in der Bundesrepublik. Sie werteten das Kolloquium als einen weiteren Versuch der südafrikanischen Regierung, „die internationale Front gegen Siedler-Kolonialismus und Apartheid in Südafrika aufzubrechen“. Trotz der quantitativ und kategorial reduzierten Teilnehmerzahl (es fehlten auch fast zur Gänze die Vertreter der politischen Parteien der Bundesrepublik), kam es zu einem durchwegs interessanten zweieinhalbtägigen Diskurs zwischen Mitgliedern der Forschungs- bzw. Projektgruppen, Ver-

tretern Südafrikas (darunter auch ein Repräsentant vorwiegend englischsprachigen oppositionellen United Party), deutschen Verbandsfunktionären (Gewerkschaften, Unternehmer) und Vertretern der Bonner Ministerien mit Staatssekretär Udo Kollatz vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit an der Spitze. Bei aller Divergenz der Gesichtsfelder schien man sich doch weitgehend über folgende Punkte einig zu sein: 1. Im Falle Südafrika handelt es sich nicht nur um einen schwierigen innenpolitischen Konflikt, sondern um einen Fall von beträchtlichem außenpolitischem und strategischem Gewicht (auch für die westliche Allianz, die ein ureigenes Interesse daran hat, daß der Konflikt nicht zur Katastrophe führt). 2. Das System der Apartheid ist in sich ungerecht und führt zur Diskriminierung sowohl als „große“ (in den Homelands) wie als „kleine“ Apartheid (Rassentrennung in den Siedlungsgebieten der Weißen) zur offenen Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung wie der farbigen Minderheiten (Mischlinge, Asiaten). 3. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Staaten bzw. Regierungen auf die innere Entwicklung (Boycottmaßnahmen wurden mehrheitlich als ineffizient abgelehnt) ist auf Grund des Prinzips der Nichteinmischung gering. Etwas größere Chancen haben Verbände, Kirchen und Unternehmen (mit Niederlassungen bzw. Tochtergesellschaften im Lande). Letztere vor allem durch die eigene Einwanderungs- (80% der Facharbeiter sind Einwanderer), Personal- und Lohnpolitik. 4. Der Konflikt hat sich bereits so zugespitzt, daß nach dem Rückzug der Portugiesen aus dem südlichen Afrika, der südafrikanischen Regierung nur noch wenig Zeit bleibt, ihn friedlich zu lösen. 5. In der Frage, wie eine solche Lösung herbeizuführen sei, ob durch eine totale Einebnung der Rassentrennung mit dem Ziel einer vielrassigen Einheitsgesellschaft oder durch eine „förderale“ Weiterentwicklung (und sukzessive Auflockerung) des Systems der getrennten Entwicklung, blieb man unterschiedlicher Meinung, offenbar auch unter den anwesenden katholischen Bischöfen. Während Erzbischof Denis Hurlay (Durban), der sich durch wiederholte scharfe Kritik am südafrikanischen Rassensystem international profiliert hat, für eine rasche Umverteilung der „Macht“ zwischen Weiß und Schwarz plädierte, setzte der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Joseph P. Fitzgerald OMI (irischer Herkunft, seit 1966 Erzbischof, Bloemfontein), auf einen stufenweisen Systemwechsel. Die „pädagogische“ Intention dieser Zurückhaltung im Blick auf die Weißen verdeutlicht das folgende Interview:

HK: Der Rückzug der Portugiesen aus Angola und Moçambique, die — mit allem Vorbehalt — angedeutete Bereitschaft der rhodesischen Minderheitsregierung zu einer Verfassungskonferenz, die erstmals von Premierminister Vorster erklärte Bereitschaft, eine politische Lösung für Namibia zu suchen, sind interessante neue Entwicklungen. Sehen Sie auch eine Chance für friedliche Lösungen in Südafrika, oder ist es hierfür schon zu spät?

Fitzgerald: Ich glaube nicht, vorausgesetzt, daß die Menschen sich besinnen und miteinander auf einer gleichen Basis sprechen. Ich bin davon überzeugt, daß sich eine Lösung erreichen läßt, aber diese Lösung wird nur in einem sehr harten und schwierigen Dialog gefunden werden können. Es wird ein Dialog sein, in dem jede Seite versucht, ganz hart zu verhandeln und das Beste für sich herauszuholen. Wenn man dies nicht gleich von Anfang an richtig versteht, dann wird dieses Vorgehen unzweifelhaft zu einem Mißerfolg führen.

„Ein Dialog hart auf hart“

HK: Sie sprechen von Dialog. Aber handelt es sich nicht um noch recht ungleiche Partner, soweit das Wort Partner überhaupt angebracht ist?

Fitzgerald: Sie sind Partner wenigstens insoweit, als davon auszugehen ist, daß sich beide Seiten, schwarz und weiß, als Afrikaner verstehen. Beide wollen in Afrika bleiben, zu ihren eigenen Bedingungen und in ihrem eigenen Lebensraum. Sie müssen sich miteinander einigen, um für die Weißen und die Schwarzen eine gleiche Position und einen gleichwertigen Platz zurückzugewinnen. Der weiße Südafrikaner hat zuviel gekämpft und zuviel aufgebaut, um heute auch nur daran zu denken abzudanken. Er sieht sich als weißer Afrikaner, der zu Afrika gehört und im Boden Afrikas verwurzelt ist. Dasselbe trifft für den Schwarzen zu. Die Tragödie könnte dabei sein, daß zwar beide Seiten dies anerkennen, aber sich nicht einigen können.

HK: Ist das jetzt erkennbare, wenigstens verbale Einlenken der weißen Regierung nur auf die Veränderungen im politischen Umfeld Südafrikas zurückzuführen, oder handelt es sich um eine erste Antwort auf den wachsenden Druck von innen?

Fitzgerald: Die Ereignisse in Angola und Moçambique haben nur die Notwendigkeit für eine Veränderung noch dringlicher erscheinen lassen. Ich glaube aber nicht, daß die Ereignisse dort die Ursache waren für die Notwendigkeit, Kompromisse oder Veränderungen herbeizuführen. Südafrika fühlt sich seit zu langer Zeit in einer isolierten Stellung. Es sieht in den Ereignissen in Angola und Moçambique ein Vorzeichen für die Notwendigkeit und Unerläßlichkeit eines Kompromisses zum gegenwärtigen

Zeitpunkt. Die Ereignisse in Angola und Moçambique haben die Dringlichkeit für die Veränderungen in Südafrika verstärkt. Nach meiner Ansicht ist heute innerhalb der weißen Bevölkerung Südafrikas auch ein starker Wunsch vorhanden, nicht nur gute diplomatische Beziehungen zu den Nachbarn herzustellen, sondern auch als Afrikaner akzeptiert zu werden, als Menschen, die in das Leben Afrikas integriert sind.

HK: Wie wirken sich Vorgänge im Umfeld Südafrikas auf weiße Südafrikaner aus?

Fitzgerald: Ich habe den Eindruck, daß man bestrebt ist, jetzt mehr um ein gut nachbarschaftliches Verhältnis bemüht zu sein. Sowohl innenpolitisch wie in der Beziehung zu den Nachbarn geht die weiße Bevölkerung davon aus sicherzustellen, daß ihre Identität erhalten bleibt. Dabei sind historische Werte, geistige und soziale Werte zu berücksichtigen. Die weiße Bevölkerung Südafrikas wird darauf zu achten bestrebt sein, daß diese Werte bei einer Normalisierung der Beziehungen auch berücksichtigt werden. Das alles trifft gleichermaßen natürlich auch im Blick auf die Schwarzen zu.

HK: Was Sie andeuten, klingt optimistisch. Es scheint aber auf der weißen Seite eine Tendenz zu bestehen, den Status quo, also an der bisherigen Vorherrschaft über die Schwarzen, festzuhalten, und bei den Schwarzen scheint die Tendenz zu wachsen, keinen Kompromiß mehr mit den Weißen einzugehen?

Fitzgerald: Das scheint zuzutreffen, aber ich bin der Meinung, daß durch eine gewaltfreie Auseinandersetzung, die hart auf hart geführt wird, die Hindernisse überwunden werden können. Eine gegenseitige Anerkennung innerhalb eines für beide Teile annehmbaren Systems der Koexistenz läßt sich erreichen, wenn beide die Gesichtspunkte der anderen prüfen, die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der anderen Seite würdigen und Zugeständnisse machen. Selbstverständlich ist davon auszugehen, daß keine der beiden Seiten darauf hoffen kann, alles zu erreichen, was sie zu erreichen wünscht. In diesem Dialog muß ein gegenseitiges Geben und Nehmen vorhanden sein, sonst hat es überhaupt keinen Sinn, diesen Dialog anzufangen. Ich bin davon überzeugt, daß beide Seiten sehr wohl fähig sind, aufgrund ihrer Geschichte einen solchen Dialog zu führen.

„Die weiße Wählerschaft muß erst erzogen werden“

HK: Premierminister Vorster hat sechs Monate Zeit erbeten, und man werde — wie er sagte — Südafrika nicht mehr wiedererkennen. Wie ist diese Ankündigung zu verstehen? Was kann man aus Ihrer Sicht realistischerweise davon erwarten?

Fitzgerald: Diese Frist von sechs Monaten ist nicht in einem mathematischen Sinn zu verstehen, sondern symbolisch. Wir können nicht erwarten, daß innerhalb von sechs Monaten ein Wunder geschieht.

HK: Also nur ein Appell auf Zeitgewinn?

Fitzgerald: Nicht nur ein Appell auf Zeitgewinn. Jeder, der das Land kennt, wird zugeben, daß sich nicht nur außenpolitisch etwas ändert, sondern daß sich auch das innenpolitische Klima wandelt. Es ist zumindest der Beginn in Richtung auf ein Disengagement in Rhodesien und in Namibia gemacht worden. Und es ist ebenso klar, daß es auf diesem Weg des Disengagements, wenigstens was Südafrika betrifft, keine Umkehr mehr geben kann. Dieser Vorgang ist irreversibel.

HK: Kann man glaubwürdig von einer positiven Entwicklung sprechen, wenn Institutionen, die auf friedliche gewaltfreie Lösung der Rassenfrage hinarbeiten wollen, wie das Christliche Institut*, vom südafrikanischen Parlament zur schädlichen Einrichtung erklärt und praktisch eliminiert werden?

Fitzgerald: Die südafrikanische Politik macht manchmal zwei Schritte vorwärts, dann drei Schritte rückwärts, manchmal drei Schritte vorwärts und einen Schritt rückwärts. Das geschieht deswegen, weil die weiße Wählerschaft erzogen werden muß. Die Konservativen müssen in gewisser Weise zufriedengestellt werden, um in gleicher Weise auch erzogen werden zu können. Die Ereignisse um das Christliche Institut betreffenden Entscheidungen sind selbst für die verständnisvollsten Südafrikaner unverständlich. Sie gehen meiner Ansicht nach über den Auftrag und über die Kompetenz des Parlaments hinaus. Die Entscheidung wäre niemals so getroffen worden, hätte eine Kommission von Juristen darüber entschieden. Die südafrikanische Bischofskonferenz hat ständig empfohlen, die Vorwürfe gegen das Institut von einer unabhängigen Juristenkommission anstatt von einer Parlamentskommission prüfen zu lassen. Politiker sind nie gute Richter.

HK: Vorsters Appell war zwar außenpolitisch gemeint. Dennoch die Frage: was war mit dem, was Sie sagen symbolischen Appell, innenpolitisch mitgemeint? Tendiert die gegenwärtige weiße Regierung auf einen Ausbau der Trennung der Rassen mit beschränkter Selbstverwaltung in den Homelands der Schwarzen, oder rechnen Sie in der nächsten Zeit mit einer Abschwächung der Apartheid-Gesetzgebung?

Fitzgerald: Der symbolische Zeitraum von sechs Monaten drückt meiner Ansicht nach die Bereitschaft der Regierung aus, auch nach dem Ablauf der mathematischen sechs Monate an einer Normalisierung zu arbeiten. In der Homelandpolitik läßt sich gegenwärtig von tiefergehenden Veränderungen durch die südafrikanische Regierung nicht

sprechen. Aber ich glaube, man kann definitiv sagen, daß die Regierung eine entsprechende Option in Betracht zieht. Voraussetzung für die Realisierung ist aus der Sicht der Weißen, daß die Identität der weißen Bevölkerung garantiert wird. Meiner Ansicht nach hat Südafrika mindestens auf der oberen Ebene — das gilt noch nicht für die Bevölkerung insgesamt — bereits jetzt den Gedanken einer weißen Vorherrschaft für die Zukunft aufgegeben und hat erkannt, daß eine praktische Politik in der Welt von heute ein gegenseitiges Akzeptieren auf der gleichen Basis, mit einer gemeinsamen Teilnahme, verlangt.

„Bereits ein nicht wieder umkehrbarer Schritt getan“

HK: Sie haben also Vertrauen in die gegenwärtige Regierung?

Fitzgerald: Man sollte vier Männer im politischen Leben Südafrikas beobachten: Ministerpräsident Vorster selbst, Außenminister Hilgart Miller, Dr. Konart, den Minister für Sport und Jugend, und den neuen Präsidenten Diederichs. Letzterer scheint mir entschlossen zu sein, dem südafrikanischen Präsidentenamt einen new look geben zu wollen. Diese vier Männer genießen ein hohes Maß an öffentlicher Anerkennung und öffentlichem Vertrauen.

HK: Aber dieses Vertrauen ist auf die weiße Bevölkerung beschränkt...

Fitzgerald: Dieses Vertrauen wird hauptsächlich von der weißen Bevölkerung entgegengebracht. Ich glaube aber, daß auch die schwarze Bevölkerung schätzt und würdigt, was diese vier Männer zugunsten einer gerechteren südafrikanischen Gesellschaft zu erreichen versuchen. Die schwarze Bevölkerung wird natürlich sehr viel mehr Beweise brauchen, als bisher gegeben wurden; Beweise des praktischen guten Willens, bevor sie wirklich das volle Vertrauen schenkt. Dies ist völlig normal. Denn der schwarze Mensch kann nicht in den Kategorien abstrakter

* Das Christliche Institut von Südafrika (Direktor ist der durch gewaltlosen Widerstand gegen Rassendiskriminierung bekannte Pfarrer C. F. Beyers-Naudé) ist eine überkonfessionelle Einrichtung. Sie dient dem Ziel der Herstellung bzw. Durchsetzung der vollen Menschen- und Bürgerrechte für die Schwarzen und die nichtweißen Minderheiten. Das Institut, in dem schwarze und weiße christliche Bürgerrechtskämpfer zusammenarbeiten und in dessen Vorstand auch die katholische Kirche vertreten ist, wurde Ende Mai von der Südafrikanischen Regierung aufgrund eines Berichts einer Parlamentskommission, die alle gegen die Apartheid gerichteten Initiativen und Unternehmungen der sog. Schlebusch-Kommission) untersucht zur „affected organisation“, also zu einer landesschädlichen und damit praktisch verfassungsfeindlichen Einrichtung erklärt. Aufgrund dieser „Verurteilung“ (die teilweise unter Vorbringung falscher Tatsachen erfolgte), darf die Organisation keine Hilfen aus dem Ausland entgegennehmen. Neben protestantischen Kirchenführern hat auch der katholische Erzbischof von Kapstadt, Kardinal Owen McCann, die Maßnahme der Regierung verurteilt und die Katholiken zur Unterstützung des Instituts aufgerufen.

Ideen verhandeln, er will in seinem eigenen Leben Zeichen erfahren. Das heißt für Südafrika konkret: ein praktisches Zeichen, daß sie an der Beteiligung innerhalb der südafrikanischen Gesellschaft auf einer gleichen Basis akzeptiert werden.

HK: Sie sprachen von der Herstellung einer gerechten Gesellschaft. Wäre die Verbesserung der Sozialgesetzgebung und die Einführung des allgemeinen Wahlrechts ein solches Zeichen?

Fitzgerald: Das ist eine im strengen Sinn politische Frage. Ich fühle mich für eine Antwort nicht kompetent. Nach Ansicht vieler Leute ist aber bereits ein nicht wieder umkehrbarer Schritt dazu im Rahmen einer getrennten Entwicklung unternommen worden. Ich glaube, daß es ein Teil des Dialogs sein wird, herauszuarbeiten, wie das allgemeine Wahlrecht in diesen Rahmen eingebaut werden kann.

HK: Es gibt gemäßigte Schwarze, die auf Überwindung der Rassendiskriminierung durch Weiterentwicklung der Homelands bauen. Zu ihnen gehören mehrheitlich auch die schwarzen Homeland-Chiefs. Wie ist es um deren Autorität bei der eigenen schwarzen Bevölkerung bestellt?

Fitzgerald: Diese haben natürlich auf Grund ihrer Regierungs- und Verwaltungsbefugnisse eine gewisse amtliche Autorität, die auf Grund ihrer Stellung im Wachsen ist. Aber der wirkliche Wert ihrer Autorität wird sehr vom weiteren Gang der Verhandlungen und Gespräche zwischen der Regierung und den Homeland-Chiefs abhängen. Es darf auch nicht verschwiegen werden, daß es Gruppen gibt, die die Grundlagen dieser Autorität bestreiten.

„Der Katholizismus ist keine Garantie gegen menschliches Versagen“

HK: Was kann die Kirche, speziell die katholische Kirche zu einer Lösung des Konflikts bzw. zu einer Angleichung der politischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Rassen in Südafrika beitragen?

Fitzgerald: Ein erster Beitrag könnte darin bestehen, daß wir persönlich und als Gemeinschaft für die Gleichberechtigung der Rassen Zeugnis ablegen. Beides, muß ich gestehen, sind Dinge, an denen es im Moment noch mangelt. Aber man kann nicht sagen, daß sie gegenwärtig überhaupt noch nicht vorhanden sind. Man muß verstehen, daß die katholische Gemeinschaft in Südafrika in der größeren Gemeinschaft des Landes verwurzelt ist. Es ist nur menschlich, daß die kirchliche Gemeinschaft die Probleme der Gesamtgesellschaft widerspiegelt, sowohl ihre Stärken als auch ihre Schwächen. Meiner Ansicht nach ist die katholische Kirche in Südafrika in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht besser und nicht schlechter als jede andere Ge-

meinschaft. Realistisch betrachtet, ist es wohl so, daß im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung das wirtschaftliche Wachstum für Südafrika mehr bewirkt als das christliche Zeugnis. Das muß nicht auch in Zukunft so sein, wenn die Christen aufwachen und ihre persönliche Rolle und ihre Rolle als Gemeinschaft für die Entwicklung des südlichen Afrika erkennen.

HK: Sie sagen, die Kirche sei ein Spiegel der Gesellschaft. Das wird auch von ihren Kritikern und speziell von Kritikern südafrikanischer Bischöfe vorgebracht. Diese verbinden aber damit zugleich den Vorwurf, die Kirche habe sich nicht entschieden genug von der Apartheid und ihren Folgen abgesetzt . . .

Fitzgerald: Die katholische Kirche war die erste Kirche, die die Apartheid als ein System rassistischer Diskriminierung, das in sich böse ist, verurteilt hat. Sie hat die Verurteilung seit 1956 entschieden und öfters wiederholt. In ihrem „Aufruf an das Gewissen“ von Februar 1972 haben die katholischen Bischöfe Südafrikas zu Bereichen, in denen Reformen unerlässlich sind, konkrete Forderungen erhoben. Wir haben u.a. auf die verheerenden Folgen der Trennung von Arbeitsort und Wohnort für die Familien der Wanderarbeiter hingewiesen. Wir haben eine Angleichung der Bildungschancen gefordert. Wir haben die Folgen fehlender sozialer Sicherheit für die benachteiligte schwarze Bevölkerung angeprangert . . . Man darf jedoch auch hier nicht vergessen, daß die katholische Kirche in einem Land wie Südafrika nicht eine Gemeinschaft am Rande der Gesellschaft ist, sondern mitten in ihr lebt und in ihr zurechtkommen muß. Im übrigen: der Katholizismus ist keine Garantie gegen menschliches Versagen. Er ist nur eine Garantie der Gnade gegenüber menschlichen Schwächen.

„Die Evangelisation wird durch die Apartheid behindert“

HK: Die Kirche spiegelt nicht nur die Eigenart einer Gesellschaft, sie ist auch von deren Gesetzen abhängig. Wie stark wird die Arbeit der Kirche durch das System der Apartheid selbst behindert?

Fitzgerald: Die Evangelisation wird durch die Apartheid in elementarer Weise behindert, insofern ein echtes Zusammenleben der Rassen im Bereich Kirche kaum möglich ist. Es können kaum gemeinsame Gottesdienste stattfinden; auch gesellschaftlicher Kontakt zwischen Angehörigen verschiedener Rassen ist kaum möglich, und vor allem ist der freie Umgang zwischen dem Priester und der Gemeinde gestört, da weiße und schwarze Priester (und Schwestern) nicht zusammenwohnen dürfen und der weiße Priester, der eine Gemeinde von Schwarzen betreut, ja nicht bei seiner Gemeinde wohnen darf.

HK: Die katholische Kirche Südafrikas ist in ihrer Struktur eine sehr weiße Kirche. Von ca. 1350 Geistlichen sind nur etwa 320 gebürtige Afrikaner; und selbst davon sind nur 107 Schwarze und 28 Mischlinge und Inder. Führt das nicht zu einer doppelten Belastung? Einmal zu zusätzlich internen Spannungen mit den schwarzen Priestern und Gläubigen, zum andern zu einer sehr schwierigen Personalsituation, da der Nachwuchs aus Europa sehr gering wird.

Fitzgerald: Wenn wir die Kirche als Hierarchie betrachten, trifft das zu. Wenn wir die Kirche aber als Gemeinschaft sehen, die sich nicht nur aus Bischöfen, sondern aus Brüdern, Schwestern und Laien zusammensetzt, dann ist die katholische Kirche sicherlich keine Kirche der Weißen, sondern eine Kirche mit einem schwarzen Image. Ca. 80% der knapp zwei Millionen Katholiken sind Schwarze. Die Zahl der schwarzen Geistlichen ist ein Problem, das der Kirche im südlichen Afrika sehr am Herzen liegt. Gegenwärtig haben wir höchstens 60 Kandidaten für das Priesteramt, davon sind aber immerhin 30 Schwarze. Wir arbeiten gegenwärtig sehr hart an einer Lösung des Problems. Aber wir müssen zugeben, daß die Lösung nicht vor der Türschwelle liegt. Es handelt sich dabei doch auch immer um einen Anruf Gottes, über den wir nicht verfügen können. Jeder Bischof in Südafrika hofft aber, daß eines Tages sein Platz von einem Nachfolger eingenommen wird, der im Lande geboren ist, sei es nun ein Schwarzer, ein Weißer oder ein Mischling.

HK: Dem südafrikanischen Episkopat wird von verschiedenen Seiten vorgeworfen, die Kirche stehe vor allem mit ihren Schulen vorwiegend im Dienst der weißen Bevölkerung. Tut die Kirche zu wenig für die schulische Bildung der Schwarzen, d. h. weniger als sie leisten könnte?

Fitzgerald: Es ist richtig, daß das kirchliche Personal sich von Anfang an vorwiegend dem Schulwesen unter den Weißen gewidmet hat. Aber das war damals eher eine pragmatische als eine mit Absicht getroffene politische Entscheidung. Doch es ist wahr und sei auch zugegeben. Aber wenigstens ebenso wahr ist, daß die Kirche als Gemeinschaft für die Elementar- und Mittelschulen unter den Schwarzen und für die Lehrerausbildung gegenwärtig sehr große Opfer bringt. Dabei ist festzuhalten, daß die Kirche sowohl für die Gebäude wie für den Schulbetrieb selbst aufkommen muß. Wir erhalten für diese Schulen nichts vom Staat. Häufig auch nichts für die Schulen für die Weißen, aber da gibt es unterschiedliche Regelungen von Provinz zu Provinz.

HK: Man spricht von wachsenden Spannungen auch innerhalb des Klerus zwischen Schwarzen und Weißen. Was tut die Bischofskonferenz, um diesen Konflikt zu lösen?

Fitzgerald: Es gab in jüngster Zeit in dieser Hinsicht Anzeichen einer Krise, die wohl noch nicht überwunden ist. Sie müssen bedenken, daß auch der Klerus die tatsächlichen Verhältnisse des Landes spiegelt und daß vor allem der schwarze Klerus davon betroffen ist. Auf Verlangen des schwarzen Klerus wurde inzwischen innerhalb des Nationalen Priesterrates ein eigenes Komitee für Beratungen zwischen den Bischöfen und den schwarzen Priestern geschaffen. Wir hoffen, daß dieses Instrument zur Klärung der jeweils anfallenden Probleme beitragen kann.

„Die reformierte Kirche Südafrikas ist keine universale Kirche“

HK: Die katholische Kirche in Südafrika ist eine Minderheit, gibt es Möglichkeiten der Kooperation mit den verschiedenen nichtkatholischen Kirchen, auch mit den Reformierten, und wo liegen besondere Schwierigkeiten für eine weitere Annäherung, auch in der Rassenfrage?

Fitzgerald: Der ökumenische Dialog ist mit den anglikanischen Kirchen sehr weit fortgeschritten. Es gibt regelmäßig Zusammenkünfte der römisch-katholischen und anglikanischen Bischöfe. Wir haben hier auch einen Austausch von theologischen Forschungen und bauen gemeinsam Kirchen. Am 29. Juni veröffentlichen die katholischen und anglikanischen Bischöfe zum ersten Mal einen gemeinsamen Hirtenbrief. Auch mit der presbyterianischen und der methodistischen Kirche findet ein sehr aktiver ökumenischer Gedankenaustausch statt, ebenso mit den afrikanischen unabhängigen Kirchen. Ein Dialog jedoch mit der holländisch-reformierten Kirche — und dies ist die größte und mächtigste Kirche unter der weißen Bevölkerung in Südafrika — ist sehr mühselig. Das ist aus historischen Gründen so. Trotzdem finden Gespräche zwischen einzelnen Persönlichkeiten beider Kirchen statt, und wir arbeiten im Bereich der Bibelübersetzung zusammen. Wir müssen jedoch zugeben, daß der Dialog zwischen dieser Gemeinschaft und den anderen Kirchen nur recht langsame Fortschritte macht. Es besteht jedoch Hoffnung, daß es bald besser wird. Immerhin war die holländisch-reformierte Kirche bereits zweimal auf den Vollversammlungen der Bischofskonferenz des südlichen Afrika vertreten.

HK: Ist die Rassenfrage hier ein zusätzliches Hindernis?

Fitzgerald: Nicht nur die Rassenfrage. Aber die holländisch-reformierte Kirche hat die Tendenz, sich mit der Bevölkerung der Buren-Afrikaner zu identifizieren. Nach Ansicht der meisten Katholiken ist sie keine universale Kirche. Es wird noch geraume Zeit und viel Demut brauchen, und zwar auf beiden Seiten, bis sich beide Kirchen entgegenkommen können und sich gegenseitig akzeptieren.